

Postgasse 68
3000 Bern 8
Telefon 031 633 75 91
Telefax 031 633 75 97
kommunikation@be.ch
www.be.ch

6. Mai 2014

Medienmitteilung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

Standplätze für Jenische Kanton auf der Suche nach definitiven Lösungen

Regierungspräsident Christoph Neuhaus zeigte sich erleichtert, dass die Städte Bern und Biel befristete Standplätze für die Jenischen bereitstellen können. Er dankt den Behörden für ihr Engagement. Seinerseits wird der Kanton die Sanierung des Durchgangsplatzes in Thun vorantreiben. Langfristig sollen im Kanton mindestens drei bis fünf neue Stand- und Durchgangsplätze für Jenische und ein bis zwei Transitplätze für ausländische Fahrende raumplanerisch gesichert werden.



An einer Medienkonferenz am Dienstag (6.05.2014) in Bern dankte Regierungspräsident Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, den Städten Bern, Biel und Nidau für ihr Engagement bei der Suche nach kurzfristigen Lösungen für die Standplatzprobleme der Jenischen. Er betonte, dass der Kanton in den vergangenen Jahren keineswegs untätig geblieben ist.

So hat der Regierungsrat im Sommer 2011 ein Konzept für Stand-, Durchgangs- und Transitplätze verabschiedet. Dieses Konzept regelt die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Demnach bezeichnet der Kanton die Standplätze im kantonalen Richtplan und realisiert sie zusammen mit den Gemeinden. Der Kanton trägt die Erstellungskosten, die Gemeinden sichern die Plätze in ihrer Ortsplanung und sind für den Betrieb verantwortlich.

Im Anschluss an dieses Konzept hat der Kanton eine Standortevaluation vorgenommen und zwei Pilotprojekte in Angriff genommen. Eines dieser Pilotprojekte, der Durchgangsplatz in Thun-Allmendingen steht kurz vor der Realisierung. Beim Transitplatz in Biel wird der Kanton erneut das Gespräch mit der Stadt und den umliegenden Gemeinden suchen.

Langfristig will der Kanton mindestens drei bis fünf zusätzliche Durchgangs- und Standplätze für Jenische im Kanton Bern und ein bis zwei Transitplätze für ausländische Fahrende finden und diese raumplanerisch sichern. Dabei ist er auf die Mitwirkung aller bernischen Gemeinden angewiesen, die Standplätze können nicht nur in den Städten realisiert werden. Da die Planungsverfahren ihre Zeit brauchen und Einsprachen gegen diese Projekte wahrscheinlich sind, werden die Plätze voraussichtlich erst in zwei bis drei Jahren zur Verfügung stehen können. Die Suche nach definitiven Stand- und Durchgangsplätzen sowie Zwischenlösungen wird von der bestehenden Arbeitsgruppe Fahrende begleitet. Der Kanton prüft, ob diese Arbeitsgruppe durch weitere Vertreterinnen und Vertreter der Jenischen verstärkt werden soll. Regierungspräsident Christoph Neuhaus appellierte in diesem Zusammenhang an den Bund, seine Verpflichtung gegenüber den Jenischen wahrzunehmen und geeignete Grundstücke zur Verfügung zu stellen.